

Weitnauer Erklärung

Wir verstehen und teilen die Angst und Besorgnis vieler Bürger, wegen der Belastungen, die auf unser Gemeinwesen zukommen, wegen eines brutalen, menschenverachtenden Krieges, der, mit mittelalterlichen und hochmodernen Mitteln geführt, nicht weit von uns entfernt tobt.

Wir sind aber der festen Überzeugung, dass es nicht hilft, unser „Idyll“ in Weitnau durch Abgrenzung und Ausgrenzung zu verteidigen. Nur wenn wir es schaffen, die Menschen, die als Flüchtlinge vor dem islamistischen Terror und staatlicher Gewalt gegen das eigene Volk zu uns kommen, in unserer Mitte aufzunehmen und mit unseren Werten vertraut zu machen, dann gibt es eine Chance, diese Werte auch zu verteidigen, die uns nun 70 Jahre Frieden in unserer Region gebracht haben: Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, Religions- und Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung und das Gewaltmonopol des Staates auf Grundlage eines starken Grundgesetzes.

Nur wenn diese Menschen sich die freiheitlichen Werte zu eigen machen, sie in unserer Mitte leben oder in einer glücklicheren Zukunft sogar in ihre Heimatländer tragen können, dann gibt es eine Chance unser Leben in Freiheit, unser „Idyll“ zu retten. Wir können uns vor den Problemen auf dieser Welt nicht abschotten. Sie kommen zu uns. Im Moment in Form von Menschen auf der Flucht, die uns eine minimale Chance bieten, unsere Werte in die Welt hinauszutragen, sie langfristig zu verändern. Wenn wir diese Chance durch Abschottung ungenutzt verstreichen lassen, dann haben wir eine freiheitliche Zukunft verspielt, denn dann treiben wir alle in die Arme des Extremismus, der dann mit Gewalt über uns kommen wird.

Natürlich ist uns klar, dass mit diesem Weg Belastungen und Risiken verbunden sind. Wir werden nicht alle Menschen überzeugen und es werden auch radikale, gewalttätige, kriminelle Menschen unter denen sein, die wir aufnehmen. Das macht auch uns nicht wenig Angst. Aber wir müssen das Vertrauen in unsere rechtstaatlichen Mittel haben, mit diesen Problemen fertig zu werden. Wir müssen diesen Rechtsstaat fördern und stärken.

Wir fordern alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich für unsere freiheitliche, demokratische Grundordnung einzusetzen, sich politisch zu beteiligen, sich in Diskussionen auch in der Kommunalpolitik einzubringen und zu helfen, neue Bürger mit diesen Mechanismen vertraut zu machen. Nur auf diesem mühsamen, steinigen Weg können wir unsere Freiheit sichern.